

Die Glarner entscheiden über die Zukunft der Kalkfabrik

Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von Glarus entscheiden am 27. November über die Zukunft der Kalkfabrik Netstal. Dazu kommen mehrere Kredite und eine Steuersenkung.

von Fridolin Rast

Für die Kalkfabrik Netstal gehe es um die Zukunft, sagt die Unternehmensleitung. Ihr Rohstoff geht in absehbarer Zeit zu Ende, wenn sie nicht zwei neue Abbaugebiete nutzen kann. Die Glarner Gemeindeversammlung vom Freitag, 27. November, entscheidet darum über die Überbauungspläne «Gründen» und «Elggis Süd». Diese Erweiterung des Abbaugebietes für die nächsten 50 Jahre «sei essenziell für das Weiterbestehen der Kalkproduktion in Netstal», erklärt die Kalkfabrik im Memorial.

Der Gemeinderat hatte die Pläne im Juli erlassen, doch ist mit 391 Unterschriften das Referendum zustande gekommen. Nun kann die Gemeindeversammlung die Pläne genehmigen, ablehnen oder mit Änderungsantrag an den Gemeinderat zurückweisen. Der Gemeinderat hält im Memorial fest, dass die Gemeindeversammlung 2016 die beiden Gebiete im Nutzungsplan bereits rechtskräftig der Abbauzone zugewiesen hat (siehe Interview unten).

«Bevölkerung soll entscheiden»

Die Referendumsführer begründen laut Memorial die Unterschriftensammlung, die Bevölkerung solle entscheiden können. Denn die vor allem ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen betreffen alle, besonders junge und kommende Generationen.

Die Gegner halten eine Planung über so lange Zeit für undemokratisch und für den Betrieb nicht nötig. Wobei sie das Jahr 2090 als Ende annehmen, nicht wie die Kalkfabrik und die Gemeinde festhalten 2070. Die Ressourcen werden nach Ansicht der Gegner zu wenig geschont, die jährlichen Abbaumengen seien zu hoch, sie müssten etwa halbiert werden. Und: «Die Erweiterungen führen zu grossen negativen Auswirkungen auf das Land-



Bald ausgeschöpft: Die Chalchi will den Felsabbau «Elggis Süd» nach Süd und Ost (Bildmitte und links) fortsetzen. Archibild Brigitte Tiefenauer

schaftsbild.» Das stehe im Widerspruch zum Raumplanungsgesetz, wonach die Landschaft zu schonen sei.

Ohne Erweiterung noch fünf Jahre

Heinz Marti, Präsident und Geschäftsführer der Kalkfabrik, erklärt: «Die Annahme der beiden Überbauungspläne sichert die Zukunft der Chalchi und die rund 50 Arbeitsplätze für die nächsten Jahrzehnte. Die KFN beschäftigt schon seit 120 Jahren Menschen aus der Region und ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.» Sie unterstütze nicht nur diverse lokale Vereine und Veranstaltungen, sondern liefere substanzielle Beiträge etwa an die öffentliche Infrastruktur wie Strom- und Erdgasnetz und sei ein bedeutender Steuerzahler.

Heinz Marti betont: «Falls die Überbauungspläne nicht angenommen

werden, wird die KFN den Kalkbetrieb in etwa vier bis fünf Jahren einstellen müssen; damit wäre die Existenz und Betriebstätigkeit grundlegend gefährdet.» Die KFN sei auf beide Überbauungspläne angewiesen: «Sie benötigt die beiden Standbeine Kalk und Kies, um die hohen Investitions- und Betriebskosten des Materialabbaus decken zu können.»

Nur Beide zusammen lohnend

Als einzige Kalkproduzentin in der Schweiz sei die KFN von nationaler Bedeutung, sagt Heinz Marti weiter: «Ohne die KFN müsste Kalk aus dem Ausland importiert werden, was auch für die Umwelt nachteilig wäre.» Die KFN verursache über 20 Prozent weniger CO₂-Emissionen als vergleichbare Kalkproduzenten im Ausland, die vielfach Braunkohlestaub statt Erdgas

als Brennstoff nutzen. Import-Kalk müsste zudem mit Lastwagen über längere Distanzen transportiert werden, was die Natur zusätzlich belasten würde.

Die Planung einer 50-jährigen Abbauezeit sei betrieblich notwendig, so die KFN. Der Langfristigkeit werde mit einer Etappierung Rechnung getragen und die Rekultivierung durch eine unabhängige Begleitkommission überwacht. Der Gemeinderat betont, es sei ja gerade der Sinn der Planung, eine Nutzung langfristig zu sichern.

Die Auswirkungen auf das gewohnte Landschaftsbild seien zwar negativ, die Eingriffe würden aber mit Rekultivierung und umfassender Aufforstung so gering wie möglich gehalten. Nach dem Materialabbau könnten sich nach und nach wieder hochwertige Lebensräume entwickeln.

Vier Fragen an Christian Marti

«Die Chalchi ist seit Langem hier verwurzelt»

Gemeindepräsident
Gemeinde Glarus



1 Die Gemeindeversammlung hat 2016 schon mit dem Nutzungsplan die beiden Abbaugebiete der Kalkfabrik Netstal bewilligt, was heisst das für das Referendum, über das am Freitag abgestimmt wird? 2013 wurde der kommunale Richtplan erlassen und im Nutzungsplan hat die Gemeindeversammlung 2016 die vorgesehenen Abbaugebiete rechtskräftig der Abbauzone zugewiesen. Damit und mit der kantonalen Genehmigung des Nutzungsplanes 2018 hat der Gemeinderat den Auftrag der Stimmberechtigten zur Umsetzung. Dazu gehört ein Überbauungsplan, in dem

etwa Gestaltung, Abbaumengen und Renaturierung festgelegt werden. Danach folgt das Baugesuchsverfahren. Dabei geht es um Rechtssicherheit für das Unternehmen selber und auch für alle anderen Beteiligten.

2 Warum soll die Chalchi erhalten bleiben und dafür die geplante Erweiterung vornehmen können? Die Kalkfabrik Netstal ist ein seit Langem in der Gemeinde verwurzelter Arbeitgeber, der heute einzigartige Produkte herstellt. Diese werden vielseitig eingesetzt bis hin zur Arznei- und Lebensmittelherstellung. Damit leistet die Chalchi einen wichtigen Beitrag an die Versorgung bis über die Landesgrenzen hinaus. Und die Chalchi macht dies verantwortungsbewusst und vorbildlich, besonders auch bei der Rekultivierung und bei der Reduktion des CO₂-Ausstosses.

3 Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sollen den Technischen Betrieben erlau-

ben, das Kabelnetz zu verkaufen. Warum soll das Netz an einen der grossen Kommunikationskonzerne abgegeben werden? Die Technologie, die dem Koaxialkabelnetz zugrundeliegt, wurde von der Glasfasertechnologie überholt. Im geplanten Verkauf sieht der Gemeinderat eine Chance, dass die Technischen Betriebe mit dem erzielten Erlös in ihr Glasfasernetz investieren und dadurch den Technologiewandel zur Glasfaser beschleunigen können. Verwaltungsrat und Gemeinderat prüfen dazu eine mögliche Vorlage zuhanden der Gemeindeversammlung im nächsten Frühling. Damit kann der Verkauf ein Katalysator sein für die technologische Entwicklung und die Standortattraktivität.

4 Zur Bodenabgabe an die Baugenossenschaft Glarus wurde der Baurechtszins kritisiert – warum sind der zugrundegelegte Bodenpreis von 320 Franken pro Quadratmeter und der Zinssatz von 2,5 Prozent nicht höher? Der

Baurechtszins ist nach den üblichen Grundlagen für den genossenschaftlichen Wohnungsbau berechnet und zwischen der Baugenossenschaft Glarus und der Gemeinde ausgehandelt. Der Gemeinderat beurteilt ihn als fair und angemessen für beide Seiten, und die Auflagen der Gemeinde an die Baugenossenschaft sind darin berücksichtigt. Nach einer aktuellen Verkehrswertschätzung liegt der Marktwert hier bei rund 700 Franken pro Quadratmeter. Im genossenschaftlichen Wohnungsbau wird aber in der Regel mit 40 bis 60 Prozent des Marktwertes gerechnet, also 280 bis 420 Franken pro Quadratmeter. Der Baurechtszins wird wegen der langen Laufzeit indiziert am Landesindex der Konsumentenpreise, erstmals ist eine Anpassung nach zehn Jahren und danach alle fünf Jahre vorgesehen. Diese Handhabung entspricht den früheren Baurechtsverträgen der Gemeinde mit der Genossenschaft Alterssiedlung Volksgarten und der Genossenschaft Alterswohnungen Linth beim Areal Lunde in Netstal. (fra)